



Sprecherin Ursula Barking
Obere Mühlenstr. 18
37124 Rosdorf
0175 9991815

Rosdorf, den 23. April 2021

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates:

1. Der Gemeinderat/Ortsrat unterstützt das Vorhaben, die Erinnerung an Alexander Selchow zu bewahren und setzt sich für die Anerkennung der Tötung als politisch motivierten Mord ein.
2. Der Gemeinderat/Ortsrat begleitet eine - sich in Aufstellung befindliche - Arbeitsgruppe, die die Gestaltung eines Mahnmals zum Gedenken an Alexander Selchow initiiert.

Begründung:

In der Neujahrsnacht 1990/91 wurde der 21 Jahre alte Rosdorfer Bürger Alexander Selchow auf dem Nachhauseweg von einer Silvesterparty von zwei rechtsradikalen Tätern angegriffen und durch mehrere Messerstiche so schwer verletzt, dass er in der gleichen Nacht verstarb. Grund des Angriffs war die antinazistische Haltung des Getöteten.

Seither ist es trotz mehrfacher Versuche auf verschiedenen politischen Ebenen weder gelungen, die Einstufung der Tat als neonazistische Straftat zu erreichen, noch eine bleibende Erinnerung an das Opfer zu schaffen.

Das beides bisher scheiterte, ist nicht nur für die Angehörigen des Ermordeten schwer zu verstehen, sondern zeigt einmal mehr den mangelnden politischen Willen der zuständigen staatlichen Stellen, klare und bleibende Zeichen der Ablehnung und des Widerstands gegen rechtsextremistische Gewalt zu setzen.

Die damaligen Täter gingen aus Netzwerken von Neonazis hervor, die noch heute aktiv und weiterhin maßgeblich für zahlreiche Gewalttaten in Göttingen und Umgebung verantwortlich sind. So ist zum Beispiel der damals zur gleichen Neonazi-Clique wie die Täter gehörende Torsten Heise heute einer der führenden Naziaktivisten in Deutschland und laut Verfassungsschutzbericht dem rechtsterroristischen Spektrum zuzuordnen.

Die erschütternde Zahl von fast 200 durch Rechtsextremist:innen getöteten Menschen seit 1990 zeigt, dass es ein Fehler war, nach dem Mord an Alexander Selchow nicht entschiedener gehandelt zu haben und klarere Signale der Ablehnung von rassistischem und nazistischem Gedankengut in die Gesellschaft zu senden.

Wir unterstützen deshalb die seit Jahren aus verschiedenen Teilen der Zivilgesellschaft und von der Mutter des Ermordeten vorgetragene Forderung zur Errichtung eines Mahnmals in Form einer Gedenktafel oder eines Gedenksteins an einem öffentlichen Ort in Rosdorf – wie zum Beispiel dem Thieplatz - und bitten den Gemeinderat – begleitet von einer Arbeitsgruppe - mögliche Varianten zu prüfen.

Wir erhoffen uns dadurch, die Erinnerung an einen Menschen zu bewahren, der einer gewaltverherrlichenden und menschenverachtenden Ideologie entgegentrat und dafür mit dem Leben bezahlte.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursula Barking